

# Fraktion **direkt**

23 | 17. Oktober 2014

Zur Lage

## Wirtschaftslage nicht schlecht reden

**Ziel ausgeglichener Haushalt bleibt richtig**



Foto: Götz Schleser

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Manche Diskussionen können auch diejenigen, die sich schon länger mit Politik beschäftigen, immer noch verwundern. Da wird in diesen Tagen wieder vermehrt darüber debattiert, ob die Bundesregierung am Ziel des ausgeglichenen Haushalts festhalten sollte.

Um es kurz zu machen: Das Ziel des ausgeglichenen Haushalts ist nach wie vor richtig. Auch wenn sich im kommenden Jahr das Wirtschaftswachstum abschwächt, macht das Nein zu neuen Schulden immer noch Sinn, vielleicht sogar mehr als zuvor.

Die Euro-Schuldenkrise, die die Europäische Union in der vergangenen Legislaturperiode vor eine Zerreißprobe stellte, scheinen einige schnell vergessen zu haben. Aber es waren doch die aus dem Ruder laufenden Staatshaushalte, die die Kreditgeber in aller Welt zweifeln ließen, ob einige Euro-Länder, insbesondere Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, ihre Schulden noch bedienen können würden. Das – und nichts anderes – war der Auslöser der Krise. Die betroffenen Länder sind auf dem Weg der Besserung. Aber die Haushaltslage von Frankreich und Italien bereitet uns momentan neue Sorgen.

Und ausgerechnet in dieser Situation soll nun Deutschland, auf das die Welt immer zuerst schaut, wenn die wirtschaftliche Entwicklung Europas diskutiert wird, seinen Haushaltskurs korrigieren und neue Schulden machen? Die Folge wäre doch zweifelsohne eine neue Verunsicherung der Finanzmärkte.

Man muss sich vor diesem Hintergrund auch fragen, was mit einer Neuverschuldung erreicht werden könnte. Sicher hätte der Staat weitere Milliarden für Investitionen zur Verfügung. Nur: Könnte er damit die Wirtschaft tatsächlich stimulieren? Wohl kaum. Denn die Konjunktur leidet derzeit unter der schwächelnden Exportnachfrage, nicht unter der stockenden Binnennachfrage.

### Deutschland muss auf Kurs bleiben

Dennoch kümmert sich die Koalition richtigerweise verstärkt darum, dass Deutschland auch in Zukunft ökonomisch auf Kurs bleibt. In dieser Hinsicht ist in den vergangenen Jahren unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel viel getan worden: Wir haben die Forschungsausgaben enorm hochgefahren und so dafür gesorgt, dass Deutschland technologisch wieder an der Weltspitze steht. Wir haben den Zuzug von Fachkräften erleichtert. Familien können Arbeit und Beruf dank des Kita- und Krippenausbaus besser als noch vor Jahren vereinbaren.

Natürlich bleibt einiges für die Infrastruktur zu tun. Aber auch das haben wir bereits erkannt. Wir investieren in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro mehr in Straßen und Schienen. Vor allem muss aber das schnelle Internet überall im Lande verfügbar sein.



## Inhalt

Wirtschaftslage nicht schlecht reden	1
Für einen Lebensabend in Würde	2
„Globale Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam“	3
Mehr Geld für die Pflege	4
Chancen der Digitalisierung nutzen	5
Mehr Hilfe im Kampf gegen Ebola gefordert	6
Deutschland: Vorher – nachher	7
Letzte Seite	8

## Kommentar

# Für einen Lebensabend in Würde

## Zeitgemäße Ausgestaltung der Pflege



Foto: Dominik Butzmann

**Michael Grosse-Brömer**  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die demografische Entwicklung Deutschlands hat massive Auswirkungen auf das Thema Pflege. Wir Deutschen werden erfreulicherweise nicht nur immer älter, wir sind auch deutlich länger fit und aktiv. Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt aber zugleich die Zahl derer, die am Ende ihres Lebens pflegebedürftig werden, vor allem die Zahl der Demenzkranken nimmt zu. Die Union hat auf diese Entwicklung reagiert und das Pflegestärkungsgesetz verabschiedet. Hilfe- und pflegebedürftige Menschen sollen mit einer auf ihre individuellen Bedürfnisse angepassten Pflege in Würde ihren Lebensabend verbringen können. Wir stellen deswegen künftig jährlich über zwei Milliarden Euro für die Verbesserung der Leistungen zur Verfügung. Wir berücksichtigen zudem die Preisentwicklung der vergangenen drei Jahre bei der Anpassung der Leistungen, die gezahlt werden.

Wir haben einerseits die Pflegebedürftigen im Blick, die in der großen Zahl zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt werden, andererseits aber auch die Angehörigen selbst, die viel Kraft und Zuwendung, häufig auch Zeit und Geld investieren. Jeder, der schon mal einen Menschen gepflegt hat, weiß, dass neben dem körperlichen und emotionalen Einsatz auch

die richtige Ausstattung, individuell angepasst auf den Pflegebedürftigen, notwendig ist. Wir erhöhen daher den maximalen Zuschuss für die Wohnungseinrichtung um 1.500 Euro auf 4.000 Euro, damit Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer Umgebung bleiben können.

Mit unserer Politik haben wir die Leistungen, die in Anspruch genommen werden müssen, flexibilisiert. Das heißt, hier kann jeder Pflegebedürftige genau auf seine Bedürfnisse hin versorgt werden. Gleichzeitig haben wir die Leistungen für Angehörige flexibilisiert, um sie zu entlasten. Und schließlich darf nicht vergessen werden, dass sich auch professionelles Pflegepersonal mit immer größeren Herausforderungen konfrontiert sieht. Gerade in Heimen gibt es kaum noch Kapazitäten für ein persönliches Miteinander. Wir schaffen daher Stellen für 45.000 Betreuungskräfte, die sich den Menschen zuwenden können, beispielsweise beim Vorlesen oder bei Spaziergängen.

### Künftige Generationen im Blick

Doch wir haben bei aller Unterstützung für die Pflegefälle der Gegenwart auch künftige Generationen im Blick. Die geburtenstarken Jahrgänge sind noch nicht in dem Alter, in dem Pflege ein Thema ist. Doch mit dem Pflegevorsorgefonds leisten wir schon jetzt einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. So können wir auch in Zukunft pflegebedürftigen Senioren Leistungen zu akzeptablen Beitragssätzen anbieten.

Mit dem vorliegenden Pflegestärkungsgesetz verbessern wir die Situation von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften deutlich. Die Menschen in Deutschland haben sich darauf verlassen, dass wir dieses so wichtige Thema zeitgemäß aufgreifen. Das ist uns gelungen.

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# „Globale Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam“

## Bundeskanzlerin Merkel gibt Ausblick auf EU- und ASEM-Gipfel



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Merkel bei ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag

Der Ukraine-Konflikt, die Ebola-Epidemie und der Terror des „Islamischen Staates“: Krisen beherrschen derzeit die Tagesordnungen internationaler Treffen. Angesichts dessen rief Bundeskanzlerin Angela Merkel die Europäische Union und die Partner in der Welt zur Geschlossenheit auf. In ihrer Regierungserklärung zum ASEM-Gipfel in Mailand und zum EU-Gipfel in Brüssel sagte sie am Donnerstag: „Globale Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam.“

Weder der Terror des selbst ernannten Islamischen Staates (IS) noch die Ebola-Epidemie machen vor Grenzen Halt. Die Ausbreitung des hoch ansteckenden Virus sei nur im Rahmen einer deutlich engeren Zusammenarbeit aller Staaten zu bewältigen, sagte Merkel mit Blick auf den ASEM-Gipfel, ein Zusammentreffen 50 europäischer und asiatischer Staats- und Regierungschefs. Auch für den Kampf gegen die radikalislamischen Gotteskrieger im Irak und in Syrien mahnte sie eine enge Kooperation mit den asiatischen Staaten an, beispielsweise um Reisen von Terroristen zu unterbinden.

Am Rande des ASEM-Gipfels war auch ein Treffen des russischen Präsi-

denten Wladimir Putin mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko geplant, an dem auch Merkel und andere EU-Chefs teilnehmen wollten. Merkel erinnerte Putin an seine Verantwortung für den Frieden in der Ostukraine: „Moskau muss hier einen entscheidenden Beitrag zur Deeskalation leisten.“

Die Kanzlerin ließ keinen Zweifel daran, dass sie insbesondere die Einhaltung des Minsker Abkommens thematisieren werde. Diese Vereinbarung vom September sieht unter anderem den Abzug von russischen Soldaten und Waffen aus der Grenzregion, eine Sicherung der russisch-ukrainischen Grenze sowie Kommunalwahlen im Osten der Ukraine vor. Merkel betonte, dass die Sanktionen gegen Russland aufrecht erhalten würden, so lange es im Friedensprozess keine Fortschritte gebe. Gleichzeitig werde unvermindert der Dialog mit Russland gesucht.

### Einhaltung der Stabilitätskriterien angemahnt

Mit Blick auf den EU- und Euro-Gipfel in der kommenden Woche forderte die Bundeskanzlerin die Mitgliedsta-

ten zur strikten Einhaltung des Wirtschafts- und Wachstumspakts auf. Solide Haushaltsführung und Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seien unerlässlich. Sie machte deutlich, dass die Schuldenkrise in der Euro-Zone noch nicht dauerhaft überwunden sei.

Nur ein starkes Europa könne seine Interessen in der Welt erfolgreich vertreten, erklärte Merkel. Daher werde sie sich für eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung einsetzen. Diese sei notwendig, um im Währungsgebiet nachhaltig Wachstum und Beschäftigung zu generieren.

### Einigung auf Klimaziele offen

Weiteres Thema des EU-Gipfels wird die Klima- und Energiepolitik sein. Als umstritten stellte die Kanzlerin die Klimaschutzziele heraus. Es sei nicht sicher, ob sich alle 28 Mitgliedstaaten in der kommenden Woche auf Ziele für die Reduzierung der Treibhausgase, die Senkung des Energieverbrauchs oder den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 einigen können werden, sagte sie. Es stünden „schwierige Verhandlungen bevor“.

# Mehr Geld für die Pflege

## Sieben Fragen rund um die Reform – Verbesserungen für Betroffene, Angehörige und Pflegekräfte

### Warum muss die Koalition mehr Geld in die Pflege stecken?

Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt auch die Zahl der Menschen, die im Alter auf Pflegeleistungen angewiesen sind. Die Koalition hat daher Zweierlei beschlossen: Zum einen werden die Pflegeleistungen ab dem 1. Januar 2015 verbessert. Zum anderen wird erstmals Geld in einem Vorsorgefonds angelegt. So können die Beiträge der Versicherten auch dann stabil bleiben, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das typische Pflegealter kommen – also in etwa 20 Jahren.

### Woher kommt das Geld und wofür wird es verwendet?

Zum 1. Januar 2015 steigt der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte. Davon stehen jährlich 0,2 Prozentpunkte oder rund 2,4 Milliarden Euro mehr für Pflegeleistungen zur Verfügung. Für fast alle diese Leistungen werden die Vergütungen um vier Prozent angehoben. Damit werden die Preissteigerungen der letzten drei Jahre ausgeglichen. 0,1 Prozentpunkte oder 1,2 Milliarden werden für die Zeit zurückgelegt, wenn die Babyboomer der 1960er in das Alter kommen, in dem sie voraussichtlich auf Pflege angewiesen sind. Dieser Fonds – ein Novum in der Geschichte der Pflegeversicherung – soll mindestens zwanzig Jahre angespart werden. Ab 2035 können mit diesen Mitteln dann künftige Beitragszahler entlastet werden. Der Vorsorgefonds wird von der Bundesbank verwaltet.

### Was verbessert sich für die Angehörigen von Pflegebedürftigen?

Zweidrittel aller Pflegebedürftigen werden von Angehörigen gepflegt. Diese brauchen neben einer höheren finanziellen Unterstützung vor allem mehr zeitliche Flexibilität. Zu diesem Zweck werden Kurzzeit- und Verhinderungspflege genauso wie Tages- und Nachtpflege deutlich ausgebaut. Den Angehörigen soll es so ermög-



© Sandor Kacso

licht werden, eine Auszeit vom anstrengenden Pflegealltag zu nehmen.

### Welche Unterstützung bekommen Pflegebedürftige, die zu Hause wohnen bleiben wollen?

Wer trotz Pflegebedürftigkeit in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben will, muss oft umbauen. Für die altersgerechte Umgestaltung des Bades oder die Verbreiterung einer Tür etwa bekommt er – statt heute 2.557 Euro – in Zukunft bis zu 4.000 Euro Zuschuss pro Baumaßnahme.

### Welche Leistungen erhalten Demenzkranke?

Demenzkranken erhalten bisher die sogenannte Pflegestufe Null. Sie umfasst Betreuung und Begleitung im Alltag jenseits der klassischen Pflege. Ab dem 1. Januar 2015 sollen Demenzkranke erstmals auch Anspruch auf Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege erhalten. Besonders profitieren sie von den Betreuungs- und Entlastungsleistungen, da sie häufig die klassische Pflege nicht oder nicht im vollen Umfang benötigen. Zu den Betreuungs- und Entlastungsleistungen zählen haushaltsnahe Dienstleistungen wie z. B. Einkaufen und Wäschewaschen, aber auch

soziale Aktivitäten wie Vorlesen oder Spaziergänge.

### Wie wird das Pflegepersonal in Heimen entlastet?

Rund 950.000 Menschen sind in Deutschland bei Pflegediensten und in Pflegeheimen beschäftigt. Um die Pflegekräfte in den Heimen zu entlasten, sollen ab 2015 bis zu 45.000 sogenannte Betreuungskräfte tätig sein. Die Betreuungskräfte haben Zeit für Gespräche oder einen Spaziergang, sie lesen vor und kümmern sich um die menschliche Seite. So bleibt den professionellen Pflegekräften mehr Zeit für die qualitativ hochwertige Pflege.

### Die Pflegereform erfolgt in zwei Stufen. Was ändert sich in der zweiten Stufe?

In der zweiten Stufe, die noch in dieser Wahlperiode kommt, wird ein neuer „Pflegebedürftigkeitsbegriff“ eingeführt. In dieser Definition spielt die Unterscheidung zwischen körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen des Pflegebedürftigen keine Rolle mehr. Maßstab für die Verteilung der Leistungen sollen der Schweregrad der Beeinträchtigung und der Anstieg der Abhängigkeit von personeller Hilfe sein.



# Chancen der Digitalisierung nutzen

## Thomas Jarzombek über Industrie 4.0, Breitbandausbau und IT-Sicherheit – Weltweit wettbewerbsfähig bleiben



Foto: Tobias Koch

**Thomas Jarzombek**  
Vorsitzender der AG Digitale Agenda der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Vernetzung unserer Welt schreitet auf allen Ebenen voran. Für Wirtschaft und Bürger bedeutet dies zugleich Chancen und Herausforderungen. Die Bundesregierung hat eine sogenannte Digitale Agenda 2014 bis 2017 erstellt, mit der sie den digitalen Wandel gestalten will. Über die Digitale Agenda debattierte am Donnerstag der Bundestag. Fraktion direkt sprach darüber mit dem Vorsitzenden der gleichnamigen Fraktionsarbeitsgruppe, Thomas Jarzombek.

*Herr Jarzombek, was ist – mit wenigen Worten umschrieben – das Ziel der Digitalen Agenda?*

Jarzombek: Die Agenda ist die erste Gesamtstrategie zur Digitalisierung und hat als zentrales Ziel, unser Land auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Sie umfasst alle Ressorts; das allein ist schon ein großer Erfolg. Damit basiert sie auf der Erkenntnis, dass in jedem Politikfeld Potenziale und Chancen der Digitalisierung liegen, die wir heute angehen müssen. Das reicht vom Breitbandausbau bis zur IT-Sicherheit und Fragen der Industrie 4.0.

*Die Agenda umfasst eine ganze Reihe von Handlungsfeldern. Greifen wir die Industrie 4.0 heraus. Welche Rahmenbedingungen brauchen Unternehmen für Innovationen?*

Jarzombek: Bei der Industrie 4.0 geht es um vernetzte Produktionsprozesse. Für unser Land besteht die große Chance, klassische Industrien – den Automobilbau, den Maschinen- und Werkzeugbau – mit Hilfe der Digitalisierung weiterhin weltweit wettbewerbsfähig zu halten. Wir stehen vor

immensen Verschiebungen in der Wertschöpfungskette – da müssen wir aufpassen, international den Anschluss nicht zu verlieren. Der Staat muss dabei gute Bedingungen für Investitionen in Innovationen schaffen. Daran arbeiten wir, gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, z.B. im Kontext des Breitbandausbaus. Und wir müssen den Zugang zu mehr Wagniskapital eröffnen, damit neue Unternehmensgründungen möglich werden. In jungen innovativen Unternehmen entstehen Schlüsseltechnologien von morgen. Als dritten Schritt müssen wir die klassischen Industriezweige mit den Startups zusammen bringen, damit beide voneinander lernen.

*Wo würden Sie die Schwerpunkte im Bereich Bildung setzen?*

Jarzombek: Die digitale Vernetzung von Forschungsinfrastrukturen und eine Open-Access-Strategie können unsere bereits jetzt exzellente Forschungslandschaft weiter bereichern. Wichtig ist für mich aber, dass auch die Länder ihre Kompetenzen ausschöpfen: Sie müssen dafür sorgen, dass beispielsweise Tablets als Lern-

mittel für alle Schüler endlich verbindlich und flächendeckend eingeführt werden.

*Datenschutz und Datensicherheit ist ein Thema, das nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Bürger umtreibt. Was kann der Staat hier tun?*

Jarzombek: Es kommt darauf an, den richtigen Ausgleich zwischen dem Schutz von Persönlichkeitsrechten und den Innovationschancen der Unternehmen zu finden. Derzeit wird in Brüssel die Datenschutzgrundverordnung verhandelt. Unser Innenminister Thomas de Maizière verhandelt ganz in unserem Sinne: Persönliche Daten müssen unbedingt geschützt werden, aber Innovation muss möglich sein.

Ein weiteres Feld ist IT-Sicherheit: Hier muss der Nutzer wissen, welches Produkt wirklich sicher ist. Eine Zertifizierung nach Risikoklassen wäre eine gute Lösung. Und um die Sicherheit von Infrastruktur bei uns zu schützen, hat das Innenministerium ja auch das IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg gebracht.

*Vernetzung ist immer global – welche Bedeutung hat eine internationale Einbettung der Digitalen Agenda?*

Jarzombek: Aufgrund der globalen Struktur des Internets ist eine Verzahnung der Digitalen Agenden auf EU- und auf nationaler Ebene von immenser Bedeutung für den Erfolg. Daher ist es hervorragend für unser Land, dass wir in Zukunft den Digitalkommissar stellen. Als Arbeitsgruppe haben wir bereits den Kontakt zu Günther Oettinger gesucht und ihn hier in Berlin getroffen. Außerdem sind wir nach Brüssel gereist, um unsere Kontakte weiter auszubauen.

# Mehr Hilfe im Kampf gegen Ebola gefordert

## Bundestag verabschiedet Entschließungsantrag der Koalition



Foto: picture alliance / dpa

Liberianischer Pfleger wird desinfiziert

Die große Koalition setzt sich dafür ein, den Kampf gegen die Ebola-Epidemie in Westafrika mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag, der am Freitag vom Bundestag verabschiedet wurde, fordern die Fraktionen von CDU/CSU und SPD die Bundesregierung auf, unter anderem mehr finanzielle Hilfe für die Weltgesundheitsorganisation (WHO), Ärzte ohne Grenzen und andere Organisationen, die sich vor Ort engagieren, bereitzustellen.

Die Ebola-Epidemie in mehreren Ländern Westafrikas ist der schwerste Ausbruch seit Entdeckung des Virus im Jahre 1976. Vor allem Sierra Leone, Liberia und Guinea sind betroffen. Die Zahl der Verdachts- und Todesfälle steigt weiterhin stark an. Inzwischen hat das Virus auch die USA und Europa erreicht, wo sich Pfleger bei der Behandlung von infizierten Helfern aus der Krisenregion angesteckt haben.

### Gesundheitssektor überfordert

Der Ebola-Ausbruch überfordert die Gesundheitssysteme in den betroffenen Ländern und droht, mühsam erungene Entwicklungsfortschritte zunichte zu machen. Daher fordern die

Koalitionsfraktionen die Regierung auf, die Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheits- und Bildungsbereich um Aufklärungs- und Hygienekampagnen zu erweitern. Auch soll die Grundlagenforschung für eine wirksame Therapie gegen Ebola verstärkt und die klinische Prüfung eines Impfstoffes gefördert werden.

Was die direkte Hilfe bei der Bekämpfung der Seuche angeht, so soll nicht nur Geld, sondern auch medizinisches Gerät wie Laboreinrichtungen, Atemschutzmasken oder Quarantänestationen zur Verfügung gestellt werden. Auch soll geprüft werden, ob die Flugkapazitäten für den Transport dieses Geräts und des benötigten medizinischen Personals ausgebaut werden können.

### Bundeswehr hat Luftbrücke eingerichtet

Der Haushaltsausschuss hat in dieser Woche weitere 85 Millionen Euro zur Eindämmung der Ebola-Epidemie in Westafrika bewilligt. Mit den bereits zugesagten 17 Millionen Euro stellt Deutschland insgesamt 102 Millionen Euro für den Kampf gegen Ebola zur Verfügung.

An Hilfgeldern der EU von insgesamt 150 Millionen Euro trägt Deutschland einen Anteil von 30 Millionen. Darüber hinaus hat die Bundeswehr eine Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern aus Deutschland und der EU eingerichtet.

### Spenden für Liberia

Wie sich das Ebola-Virus in Westafrika immer schneller ausbreitet, wie immer mehr Menschen sterben – dem wollte der CDU-Abgeordnete und Gesundheits-experte Thomas Stritzl nicht länger tatenlos zusehen. Und so startete er einen Spendenaufruf.

Mehrere Unternehmen erklärten sich sofort bereit, die Aktion zu unterstützen. Rasch wurde eine Hilfslieferung mit Schutzanzügen, Schutzhandschuhen, Desinfektionsmitteln und Krankenhausbedarf zusammengestellt, die vergangene Woche im Beisein von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) der liberianischen Botschafterin in Berlin, Ethel Davis, übergeben wurde. Der Container ist inzwischen auf dem Weg ins Ebola-Krisengebiet, nach Liberia: Von Bremerhaven geht es direkt nach Monrovia, wo die Hilfsgüter Ende Oktober erwartet werden.



# Deutschland: Vorher – nachher

## 25 Jahre nach dem Fall der Mauer – Fotoschau zeigt Veränderungen im Straßenbild

Es war der 13. November 1989, 18 Uhr, als der Grenzübergang „Falkenseer Chaussee“ öffnete: Endlos lang schienen die Schlangen aus Trabis und Wartburgs, die sich am Tag drei nach dem Fall der Mauer über den neuen Zugang nach West-Berlin quälten. Tag und Nacht knatterten die Motoren, eine wahre Symphonie der Zweitakter.

Wie viele andere „Notübergänge“ auch wurde dieser Kontrollpunkt an der Schnittstelle zwischen Falkenseer Chaussee (West-Berlin) und Spandauer Straße (DDR, Bezirk Potsdam) in aller Eile eingerichtet, weil die bestehenden Grenzübergänge die Besucherflut aus der DDR nicht mehr bewältigen konnten. Ein Vierteljahrhundert später ist davon nichts mehr zu sehen oder gar zu riechen. Der typische Zweitaktermief, über den die Anwohner der Falkenseer Chaussee in den ersten Tagen nach dem Mauerfall klagten, ist längst verflogen. An dieser Stelle ist Berlin jetzt zu Ende, das Land Brandenburg beginnt.

Den 25. Jahrestag des Mauerfalls würdigt nicht nur der Bundestag mit einer Feierstunde am 7. November, sondern auch die CDU/CSU-Fraktion mit einer eigenen Sonderseite im Netz. Die ostdeutschen Abgeordneten Veronika Bellmann, Mark Hauptmann, Martin Pätzold, Maria Michalk und Jana Schimke trugen Fotos aus ihrer Region zusammen, die die Veränderungen der vergangenen 25 Jahre dokumentieren. Die Kommunikationsabteilung der Fraktion hat aus den besten Bildern eine Vorher/Nachher-Serie zusammengestellt, die bald auf ihrer Webseite [cducusu.de](http://cducusu.de) zu sehen sein wird.

Die Bilder halten nicht nur die Erinnerung lebendig, sie rütteln den Betrachter auch wach – gerade angesichts der Tatsache, dass DDR-Unrecht immer noch verharmlost wird. Mit dem Hashtag #wowarstdu auf Twitter werden Follower aufgefordert zu be-

richten, wo und wie sie den Fall der Mauer erlebt haben. Diese Tweets werden dann zu einer Übersicht zusammengefasst.

Das Online-Team bittet alle Fraktionsmitglieder und ihre Mitarbeiter um Unterstützung. Machen Sie mit, teilen Sie den Aufruf unter Benutzung

des Hashtags #wowarstdu! Erzählen Sie uns via Twitter Ihre Geschichte!

[cducusu.de/mauerfall](http://cducusu.de/mauerfall)



Falkenseer Chaussee 1989 und heute

Fotos: Heimatkundliche Vereinigung Spandau

# Tarifabschlüsse häufig über drei Prozent

## Trend zu längeren Laufzeiten

Bei der diesjährigen Tarifrunde ist für Arbeitnehmer häufig ein Plus von drei Prozent und mehr herausgekommen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, enthalten viele Abschlüsse zudem bereits Tarifierhöhungen für das Jahr 2015. Diese liegen in der Regel allerdings niedriger. Insgesamt zeigt sich der Statistik zufolge bei den Tarifverträgen ein Trend zu längeren Laufzeiten.

Im Bankgewerbe wurde ein Tarifplus von 2,4 Prozent ab Juli 2014 vereinbart und von weiteren 2,1 Prozent ab Juli 2015 – plus einmalig 150 Euro. In der Druckindustrie einigten sich die Vertragsparteien auf eine Tarifierhöhung von 3,0 Prozent ab Mai 2014 und eine weitere Anhebung von 1,0 Prozent ab April 2015.

Der Abschluss im Baugewerbe sieht für Ostdeutschland ein höheres Plus vor als für den Westen: Im Juni 2014 stiegen die Tarifverdienste um 3,1 Prozent im Westen und um 3,8 Prozent im Osten. Ab Juni 2015 folgt eine weitere Anhebung um 2,6 Prozent (West) beziehungsweise 3,3 Prozent (Ost).

Im öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden erhielten Tarifbeschäftigte ab März 2014 eine Erhöhung von 3,0 Prozent, mindestens jedoch 90 Euro monatlich. Damit fiel die Erhöhung für die unteren Entgeltgruppen prozentual höher aus als für die oberen. Ab März 2015 folgt eine weitere Anhebung um 2,4 Prozent.

Die Tarifvertragsparteien der chemischen Industrie verhandeln seit 2010 jährlich neu. Die Tarifbeschäftigten erhielten hier ein Plus von 3,7 Prozent ab Februar 2014 (Beginn regional abweichend).



Zeichnung: Stuttmann

### Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine [www.cducusu.de/veranstaltungen](http://www.cducusu.de/veranstaltungen)

- 5. November 2014 Fachgespräch „Islamischer Staat“
- 12. November 2014 6. Energiepolitischer Dialog
- 24. November 2014 Bund-Länder-Klausurtagung zur Behindertenpolitik
- 25. November 2014 Fachgespräch zum Bundesteilhabegesetz
- 16. Dezember 2014 Vorweihnachtliche Feier

Andere Tarifierhöhungen des Jahres 2014 ergeben sich noch aus länger laufenden Abschlüssen aus dem Vorjahr. Dies gilt beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie, in der ab Mai 2,2 Prozent mehr gezahlt werden. Im Einzel- sowie im Groß- und Außenhandel werden ab Mai um 2,1 Prozent höhere Löhne gezahlt. Für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder – ohne Hessen – gibt es ab Januar 2,95 Prozent zusätzlich. Bisweilen ist der Anfangsmonat regional unterschiedlich.

In einigen Branchen wurden 2014 auch allgemeingültige tarifliche Min-

destlöhne neu vereinbart. Die große Koalition hat einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt, der ab Januar 2015 mit wenigen Ausnahmen für alle Arbeitnehmer gilt. In einer zweijährigen Übergangszeit sind für laufende Mindestlohnverträge Bruttostundenverdienste unter 8,50 Euro erlaubt. Dies gilt beispielsweise deutschlandweit in der Fleischwirtschaft und im Friseurhandwerk, in Ostdeutschland und Berlin für den Bereich der Zeitarbeit sowie in der ostdeutschen Gebäudereinigung.

#### Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)

Fraktion direkt

[www.cducusu.de/ff](http://www.cducusu.de/ff)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)